

# Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 8-gehr. Seite 0,30 Gulden, Restklammern 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 40

Dienstag, den 17. Februar 1925

16. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6  
Postfachkonto: Danzig 2945  
Fernsprecher: für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckarbeiten 3290

## Sozialdemokratie und Preußen-Regierung.

### Severing als einziger sozialdemokratischer Minister im Marx-Kabinett.

Aus Berlin wird uns geschrieben:  
Am Mittwochnachmittag wird sich die Regierung Marx im Preussischen Landtag vorstellen. Ihr gehört von der Sozialdemokratie der Genosse Severing an, der in Uebereinstimmung mit der Landtagsfraktion weiterhin das Innenministerium verwaltet.  
Es verlohnt eigentlich nicht, noch einmal darauf zu verweisen, daß auch die sozialdemokratische Fraktion lieber fünf als einen Minister aus ihren Reihen in der neuen Regierung gesehen hätte. Aber so einfach lagen die Verhältnisse nicht! Die Entscheidung der Fraktion ist überhaupt nur mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage zu verstehen. Sie erblickt in erster Linie ihre Aufgabe darin, eine Rechtsregierung in Preußen so lange als möglich zu verhindern. Eine Rechtsregierung in Preußen würde eine Unterbrechung des jetzt im Reich betriebenen Kurzes bedeuten haben. Der Beschluß der preussischen Fraktion, der vorläufig die Wiederholung des Experimentes Luther in Preußen verhindert, bedeutet also praktisch eine gewisse Unterbrechung der von der Reichstagsfraktion betriebenen Opposition. Seien wir uns doch klar darüber, daß nur eine preussische Regierung mit einem ehrlichen republikanischen Kurs — und das ist die Regierung Marx — in der Lage ist, gegen die Steuer-, Finanz- und Zollpolitik der Reichsregierung ein Gegengewicht zu bilden. Das ist einer der wichtigsten Gründe, der unsere Preußenfraktion veranlaßt hat, der Regierung Marx ihre Unterstützung zu leisten, obwohl unserer zahlenmäßigen Stärke im Parlament nicht entsprochen worden ist.

Der sozialdemokratische Einfluß dürfte im allgemeinen trotzdem gewahrt bleiben. Das hat Dr. Marx ausdrücklich anerkannt, indem er sich bereit erklärte, die Voraussetzungen der Sozialdemokratie für den Fall einer Beilegung an seiner Regierung, wie sie jetzt erfolgt, anzuerkennen. Diese Voraussetzungen betreffen u. a. auch das Gebiet der preussischen Personalpolitik. So soll z. B. die Sozialdemokratie in höherem Maße als es bisher geschehen ist, an den höheren Beamtenstellen der Ministerien beteiligt werden. Statt Abban der sozialdemokratischen Beamten, wie er unter einer Reichsregierung zweifellos erfolgen würde, ist also eine Verstärkung unseres Einflusses in den politischen Ministerien vorgesehen.

Nicht zuletzt aber hat die bevorstehende Wahl des Reichspräsidenten, die voraussichtlich im April ausgeschrieben und Anfang Mai stattfinden wird, den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion im gewissen Sinne beeinflusst. Das Vorrecht an dieser Wahl ist bereits in vollem Gange. Tagtäglich werden gegen die Sozialdemokratie die schlimmsten Verleumdungen losgelassen. Das würde erst werden, wenn in den kommenden Monaten neben einer Rechtsregierung im Reich, in Bayern und Württemberg auch in Preußen noch ein Kabinett ähnlichen Charakters am Ruder wäre und die Wahlkandidat in seinem Sinne beeinflussen würde? Die Präsidentenwahl wäre für die Republik von vorübergehender Verloren, und das durch unsere Schuld. Wir aber wollen den Schutz der Republik, und dieser Schutz erfordert im Augenblick die Beteiligung der Sozialdemokratie an der preussischen Regierung.

### Ein Schreiben der Sozialdemokratie an Marx.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages hat an den Ministerpräsidenten Marx ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Die Fragen, welche für das Regierungsprogramm in erster Reihe zu klären sind, sind die praktischen Gesetzgebungs- und Verwaltungsaufgaben, die an die Preussische Regierung in den nächsten Monaten herantreten werden. Es wäre weiter zu erörtern, wie der Fehlbetrag im Staatshaushalt zu decken ist, wie insbesondere in Verbindung mit den Fragen der Grundsteuer und Mietzinssteuer der Staat der wirtschaftlichen Schwächeren sicherzustellen ist. Darüber hinaus wäre festzulegen, inwieweit die Fürsorge des Staates für alle Hilfsbedürftigen ausgebaut und die Fortentwicklung auf kulturellem Gebiete gefördert werden könne. Es wären Vereinbarungen zu treffen über die Fertigstellung der neuen Städte- und Landgemeindevorordnung, die Ausbreitung republikanischer Geistes in der Verwaltung und den Schutz der republikanischen Verfassung gegenüber den Elementen, die das Volk in den Bürgerkrieg zu treiben suchen. Das Schreiben der Landtagsfraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei vom 12. Februar enthält zwar nicht die praktischen Vorschläge, zu deren Erörterung wir uns bereit erklären, wohl aber eine grundsätzliche Ablehnung des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie. Unter diesen Umständen hält die sozialdemokratische Fraktion des Landtages weitere Verhandlungen über die Bildung einer Volksgemeinschaftsregierung für völlig unzulässig. Im Anschluß hieran gehalten wir uns, mitzuteilen, daß die sozialdemokratische Fraktion heute mit dem Beschluß gefaßt hat, sich an dem von Ihnen zu bildenden Kabinett, mit Herrn Severing als einzigem sozialdemokratischem Minister, trotz schwerer Bedenken wegen dieser nicht ausreichenden Vertretung, zu beteiligen.

### Die Ruhrarbeiter fordern Entschädigung.

Der Bergarbeiterverband richtete an die Reichsregierung folgendes Schreiben: Unter Bezugnahme auf unser Schreiben, gerichtet an das Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium, unter weiterer Bezugnahme auf die inzwischen erhaltene Zahlung von ca. 700 Millionen RM an die rheinisch-westfälischen Industriellen als Entschädigung für die Ruhestellung und Reparationsarbeiten, beantragen wir, einer

Entschädigung an die Bergarbeiter der rheinisch-westfälischen Stein- und Braunkohlenreviere, als Ersatz für die ihnen durch die Folgen der Ruhrgebiet-Versehung entstandenen Verluste, baldmöglichst näher zu treten. Eine Substantiierung dieser Schadensforderungen behalten wir uns für besondere Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Arbeitermerorganisationsvor, um deren baldigste Anberaumung wir ersuchen. — Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

### Konflikt zwischen Deutschland und Rumänien.

Der deutsche Reichsaussenminister bemängelt die Montagfassung des Haushaltsausschusses zu einer längeren Erklärung über den rumänisch-deutschen Streitfall. Es handelt sich hier um die Zahlung einer Kriegsschadenszahlung durch Deutschland, über deren Höhe bisher eine Einigung nicht erzielt worden ist. Stresemann erklärte, daß Deutschland über diese Frage jederzeit zu Verhandlungen bereit ist.  
Der Konflikt hat in letzter Zeit durch eine Drohung des rumänischen Finanzministers, gegen Deutschland Repressalien anzuwenden, eine gewisse Verschärfung erfahren. Es handelt sich speziell um die Deckung der Banca-Generala-Noten, die während der Besetzung Rumäniens mit deutschen Truppen ausgegeben worden sind. Eine Verpflichtung des Deutschen Reiches, die Noten einzulösen, ist im Versailler Vertrag nicht festgelegt. Die Reichsregierung haben infolgedessen anfanglich auch eine Einlösung abgelehnt, sich später aber bereiterklärt, rund 50 Millionen Goldmark zur Deckung dieser Noten zu hinterlegen, wenn Rumänien auf die Liquidierung des deutschen Eigentums verzichtet. Dieses Angebot wurde von Rumänien nicht angenommen. Später beschäftigten sich auch die Alliierten mit der Frage und wiesen die Auffassung Rumäniens, daß seine Ansprüche als bevorzugte Reparationszahlungen zu befriedigen seien, zurück. Die Reichsregierung vertritt nun den Standpunkt, daß die rumänische Regierung keine allgemein völkerrechtlichen Repressalien ergreifen kann, da ihre Forderungen sich außerhalb des Friedensvertrages bewegen.

### Der Handel mit Kriegsmaterial.

Die Verbindungskommission des Völkerbundes verhandelte gestern über die allgemeinen Richtlinien für die Beschränkung des Handels mit Kriegsmaterial. Der französische Vertreter Paul Doumer legte dar, daß die Berichte der gemischten Abrüstungskommission aus den letzten Jahren als Grundlage für die Verhandlungen der Verbindungskommission dienen könnten, weil darin der Weg zu einer Entscheidung in folgender Weise gezeigt worden sei: 1. Verbot der heimlichen Herstellung von Kriegsmaterial durch den Staat, keine Fabrikation ohne Staatslizenzen; 2. Verpflichtung jedes Völkerbundsmitglied des Völkerbundes eine Liste seiner Fabrikation an Kriegsmaterial vorzulegen, sowie der Fabrikations- und Ausfuhrlicenzen, die der betreffende Staat erteilt. Doumer erklärte, daß Frankreich besonderen Wert auf die Einschränkung der Fabrikation von privatem Kriegsmaterial lege, weil Frankreich hinrei-

chend Grund zu der Annahme habe, daß Deutschland durch Kriegsmaterialfabrikation im Ausland die durch den Versailler Vertrag geforderte Einschränkung zu umgehen versuche. Der englische Vertreter MacKeill legte den größten Wert auf die Faltung der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Vereinigten Staaten hätten wissen lassen, daß sie bereit seien, bei der Ausarbeitung eines Abkommens über den Waffenhandel mitzuwirken. England würde keinem Abkommen beitreten, daß die Vereinigten Staaten nicht auch unterzeichnen.

### Straßenkampf in Niga.

Falschen überfallen Arbeiterportier.  
In blutigen Kämpfen kam es in Niga zwischen 500 Arbeiterportieren, die sozialdemokratische Flugblätter auf den Straßen verteilten, und falschen vom Nationalen Klub. Beide Parteien hatten viele Verwundete. Der Arbeiterportier Kassa wurde getötet. Die Arbeiterportier ließen schließlich Herren der Lage.

### Hilferding in Grenoble.

Die französische nationalitische Wochenchrift „Aux Contes“ greift den deutschen Sozialdemokraten Hilferding an, weil er auf dem Parteitag in Grenoble kein Wort der Mißbilligung gegen die deutsche Regierung ausgesprochen habe. Das Blatt bezeichnet es als einen „Skandal“, daß die französischen Sozialisten dieses Verhalten ihres deutschen Genossen nicht nur schweigend hingehen ließen, sondern seine Äußerungen ausdrücklich durch Beifall billigten.  
Dieser französische Angriff auf Hilferding kennzeichnet die Annäherung der deutschen Nationalisten und ihrer Presse vom Schlage der „Danziger Neuesten Nachrichten“, die behauptet hatten, Hilferding habe die französischen Sozialisten zum Kampf gegen die deutsche „reaktionäre“ Regierung aufgefordert. Allerdings ist zu erwarten, daß weder das Fuchsblatt noch das andere deutschsprachige Blättchen, die in größter Aufmachung die erlogenen Meldungen über die angeblichen Äußerungen Hilferdings wiedergegeben haben, ihren Lesern den wirklichen Sachverhalt mitteilen werden. Denn das wäre ja anständig.

### Ein feiner Reichstagsabgeordneter.

Der Reichstagsabg. Ludendorff war schon im vorigen Reichstag eine vollständig passive Natur. Seine einzige parlamentarische Tätigkeit bestand darin, daß er seine Diäten abholte und die Freifahrkarte ausgiebig benutzte. Weder im Plenum des Reichstages noch in seinen Ausschüssen hat er irgendeine Tätigkeit entfaltet. Immerhin war er noch ab und zu in den Sitzungen anwesend. Im neuen Reichstag scheint er sich auch noch die Mühe, ab und zu den Sitz im Plenum zu benutzen. Man hat den Abg. Ludendorff im neuen Reichstag noch kaum gesehen. Er bezieht also seine Diäten und das Vorrecht der Freifahrkarte, ohne irgendeine Gegenleistung dafür anzubringen. Es ist uns auch nicht bekannt geworden, daß der Reichstagsabgeordnete Ludendorff sich wegen Krankheit hätte heurlauben lassen. Nun werden die Reichstagsdiäten als Aufwandsschuldigung gezahlt, und die Freifahrkarte ist nicht der Person des Abgeordneten gewidmet, sondern seinem Amt. Es scheint uns auch zum Kapitel Korruption zu gehören, wenn ein Abgeordneter Diäten bezieht und frei auf der Reichsbahn fährt, ohne seine Pflichten als Parlamentarier zu erfüllen.

## Der Tscheka-Prozess in Leipzig.

### Die Drahtzieher der K. P. D. spüren ihre Anhänger der Kassehülz.

Die kommunistische Parteizentrale wird froh sein, daß der sogenannte Tscheka-Prozess, der zurzeit vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig geführt wird, in eine Zeit fällt in der die Zeitungen von einer Flut von Material über alle möglichen und unmöglichen Skandalaffären überflutet werden. Vielleicht nehmen sich die Arbeiter aber doch die Zeit, den Leipziger Prozess etwas genauer zu verfolgen; dann wird dieser Prozess auch sein Gutes haben. Wohl ist es meist nicht die reine und laute Wahrheit, die in politischen Prozessen zutage gefördert wird, aber der denkende Arbeiter wird sich aus all den Enthüllungen und Feststellungen, aus den ganzen und halben Latzagen, die der Prozess aus Licht bringen wird, einen Vers machen können.

Das bis jetzt bereits an Konturen und Linien sichtbar wird, läßt darauf schließen, daß das Gesamtbild über das Treiben der „Revolo“, des kommunistischen Revolutionskomitees und der Vororganisationsleiter, die den General von Seest und andere Persönlichkeiten besitzigen wollten, von abstrakter Häßlichkeit sein muß. Die Anklagen des Hauptangeklagten Felix Neumann lassen uns schon jetzt einen Blick tun in die abgrundtiefe Verworfenheit und Verlogenheit der kommunistischen Bogen. Der alte Trick, den die Kommunisten jedesmal anwenden, wenn irgendeiner von ihnen aus der Schule plumpert, wird diesmal bestimmt keine Wirkung haben. Neumann, der Hauptangeklagte, soll ein Spitzel sein? Wer ist dann in der kommunistischen Partei kein Spitzel? Jeden Menschen, der der Parteizentrale nachgeben wird, einfach als Spitzel erklären zu wollen, ist denn doch ein zu albernes Beginnen, und wenn die „rote Fahne“ recht hätte, wenn Neumann wirklich ein Spitzel gewesen wäre, dann bedeutet das eine noch viel schlimmere Brandmarkung der kommunistischen Parteilichkeit. Wenn Spitzel jahrelang Parteifunktionäre sind, selber in sehr hohen Beträgen in die Hand bekommen und verteidigt, wenn solche Leute bei den wichtigsten Aktionen eine führende Rolle spielen können, und sich dann nicht jeder Arbeiter, der noch über fünf gesunde Sinne verfügt, von einem solchen Parteigenossen, wie es die K. P. D. darstellt, mit Ekel abwenden?

Wie haben die Kommunisten geschimpft und gelächert gegen die Sozialdemokratie, in der die Bogen allmächtig seien und in der der einfache Parteigenosse in Reich und Glied nichts zu sagen habe? Was es jemals eine gerechtere Son-

genwirtschaft als die der Kommunisten? Die „Großkopfeten“, die in der kommunistischen Partei das Heft in der Hand haben, schalten und walten mit einer Willkür und Brutalität, die ihresgleichen sucht. Jeder, der es wagt, aufzumachen, fliegt oder wird beiseite und schikaniert bis aufs Blut. Eine geradezu unerträglich, widerliche Ansehensherrieh schon in allen jenen Betrieben und Einrichtungen der Proleten, wo noch einigermaßen auf die sachliche Einigung der Parteiangestellten Rücksicht genommen werden muß, z. B. in der Handelsvermittlung und ähnlichen Funktionen. Tausendmal schlimmer ist es in dem eigentlichen Parteigetriebe der K. P. D. Brauchen die Drahtzieher eine „Affäre“, dann ergeben im Dunkel der Illegalität die unmöglichsten Befehle, die in blindem Gehorsam ausgeführt werden müssen. Geht eine Sache schief, dann werden die ehelichen Panatier, die sich von den kommunistischen Redensarten bedören ließen, kaltblütig und grauam gepeinert und der Kassehülz unbarmherziger Richter ausgeliefert. Keine Spur von Solidarität im Augenblick der Not, kein Gänstchen Menschlichkeit bei den Bogen.

Auch der Leipziger Prozess zeigt wieder einmal, daß die Kommunisten den zünftigen Spruch: „Der Zweck heiligt die Mittel“ geradezu diabolisch und virtuos befolgen. Nichts ist zu groß, nichts ist zu schlecht und schändlich, um nicht bei ihnen Verwendung zu finden. Mit Surenstoffen und Nordwesten aller Art, mit Dummum-Geisosen, mit Gift, mit Luchsen und Ruhrbazillen sollte gearbeitet werden. Also ein freischöblicher Krieg, der zum Zwecke der sozialen Revolution im Sommer 1923 geführt werden sollte! Die Inflation hatte den kommunistischen Bogen wie so vielen anderen Leuten den Verstand geraubt. Die durch die Inflation herbeigeführte Notverherrlichung, der Hunger, der Selbstmord, — all das machte den Phantastikern Mut und Hoffnung. Sie waren nahe daran, Deutschland mit einer neuen blutigen Tragödie zu beglücken. Es kam nicht so weit, aber das, was die Herren des Revolutionskomitees unter der Führung des Herren Stabrowski, der Ivan Kow, Piel und Genossen anrichteten, war noch immer Tragödie genug. Der Ausbruch des Leipziger Prozesses wird es beweisen.

Eine richtige Tragödie ist bekanntlich ein Handstreich vorwärts; er spielt in den von den Kommunisten inszenierten Trauerspielen immer eine wichtige Rolle. Was war da a-



Danziger Nachrichten

§ 219a.

Nicht nur in Danzig, sondern auch in Deutschland und Oesterreich wird um die Beseitigung bzw. Milderung der Paragrafen gekämpft, die die Beseitigung der Leibesfrucht unter schwere Strafen stellen.

In Deutschland haben die Bestrebungen zur Beseitigung der mittelalterlichen Bestimmungen zu folgendem Antrag im Reichstag geführt: Dem Strafgesetzbuch wird folgender § 219 a eingefügt:

Dringend zu wünschen wäre es, daß diesem Antrag Erfolg beschieden ist und der Freistaat Danzig dem deutschen Beispiel folgte.

Der Umsturz im Hausbesitzerverein.

Die Opposition stellt den Vorkand.

Die Gegenstände im Danziger Hausbesitzerverein hatten in den letzten Versammlungen des Vereins zu erregten Auseinandersetzungen und Tumulten geführt, so daß Schupo den Stuhl des Vorkandes übernehmen mußte.

In der gestrigen General-Versammlung im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause, sollte nun die Entscheidung in der Frage des Vorkandes erfolgen. Die Kontrolle am Eingang des Saales war überaus streng, um den Zutritt von Nichtmitgliedern zu verhindern.

Der stellvertretende Vorsitzende Gucke (der 1. Vorsitzende G.H.M. hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen) erstattete alsdann einen Geschäftsbericht, der jedoch wegen der Unruhe in der Versammlung unverständlich blieb.

Es folgte alsdann der wichtigste Punkt der Tagesordnung: die Wahl des Vorkandes. Nach dem Statut waren nur die drei Vorsitzenden und sechs von den 15 Beisitzern zu wählen.

Abbau der Devisenumschlagsteuer.

Die Handelskammer hat eine ausführliche Denkschrift über die Devisenumschlagsteuer ausgearbeitet und darin die Forderung auf Aufhebung dieser Steuer erhoben. Es wird darin angeführt, daß, als gegen Ende des Jahres 1921 die Einführung der Devisenumschlagsteuer erfolgte, diese nur aus den Erfordernissen der Inflationszeit zu erklären gewesen sei.

Auch das Deutsche Reich habe eine Devisenumschlagsteuer erst in der Inflationszeit eingeführt; jedoch nach der Errichtung einer Weltwirtschaftlichen Ordnung mit dem Abnehmen der Inflation und Steuererleichterungen einzutreten lassen.

einer Gegenüberstellung der Devisenumschlagsteuer in Danzig und dem Deutschen Reich ergibt sich, daß in Danzig eine höhere Steuer erhoben wird.

Die Handelskammer sehe sich daher nochmals gezwungen, die Forderung aufzuustellen, die Devisenumschlagsteuer unverzüglich abzubauen.

Um die Erhöhung der Grundwechselfsteuer.

Im Dezember war von der bürgerlichen Mehrheit der Stadtbürgerschaft die vom Senat beantragte Erhöhung der Grundwechselfsteuer für die Stadt Danzig von 5 auf 10 Prozent abgelehnt, unter anderem auch deshalb, weil die Erhöhung mit rückwärtiger Kraft, das heißt vom 1. Oktober 1924 in Kraft treten sollte.

In der Begründung der Vorlage wird darauf hingewiesen, daß durch das als Teil der Steuerreform verabschiedete Gesetz zur Abänderung des Grundwechselfteuergesetzes vom 18. 10. 1924 die staatliche Grundwechselfsteuer von je 10 Prozent auf je 2 1/2 Prozent für den Erwerb und Veräußerer ermäßigt worden sei; die gesamte staatliche Steuer betrage daher nur noch 5 Prozent, also ein Viertel des bisherigen Satzes.

Doppelte Moral.

Volkstagsabgeordneter Schütz von der deutschnationalen Fraktion hat im Volkstag folgende kleine Anfrage eingebracht:

Die Notwendigkeit der Erbauung des Radaunkraftwerkes durch die Stadt Danzig wurde in starkem Maße auch damit begründet, daß sich hier Gelegenheit böte, eine große Zahl von Arbeitslosen zu beschäftigen.

Dieselben Deutschnationalen stimmten bei der letzten Volkstagsitzung gegen die Entschliessung des Senates Klowski, welche die Entlassung der polnischen Saisonarbeiter auf dem Lande forderte.



Eine nachahmenswerte Einrichtung:

In London werden die Schulkinder in besonderen Unterrichtsstunden von Polizisten darüber belehrt, wie man sich auf den Straßen gegenüber den Gefahren des Großstadtverkehrs verhalten muß.

Die Rentenbescheide der Kriegsbekämpften.

Auf eine diesbezügliche Heine Anfrage des Abg. Gen. Schauer hat der Senat folgende Antwort erteilt: Es ist richtig, daß gemäß § 57 des Versorgungsgesetzes die Grundrente und die Schwerbeschäftigtenzulagen in der Regel nicht vor Ablauf von zwei Jahren nach Zustellung des Feststellungsbescheides gemindert oder entzogen werden dürfen.

Da in Danzig bis zum Inkrafttreten des Versorgungsgesetzes (18. Februar 1923) keine berufsunfähigen Bescheide erteilt werden konnten, erhielten die Kriegsbekämpften bis dahin vorläufige Bescheide, die für die Anwendung des § 57 materiell dieselbe Bedeutung hatten, da sie auf Grund einer ärztlichen Untersuchung erteilt wurden, während den nach Inkrafttreten des Gesetzes gegebenen endgültigen Bescheiden keine ärztliche Untersuchung vorausging.

Das Versorgungsamt ist deshalb bei Berechnung der zweijährigen Frist von dem vorläufigen Bescheide auszugehen. Das Versorgungsamt hat bis vor kurzem den gleichen Standpunkt geteilt und auf Grund seiner richterlichen Überzeugung entsprechend geurteilt.

Nachdem in neuerer Zeit das Versorgungsamt seine Ansicht geändert hat, hat das Versorgungsamt, um die Frage zu klären, in denen die Herabsetzung oder Entziehung der Rente aus den oben erwähnten Gründen für unzulässig erklärt worden ist, Rekurs eingelegt.

Anthropologische Punkt in Danzig. Im Stadttheater findet am 5. März ein Gastspiel der Eurythmiegruppe statt. Die Eurythmie ist eine neue Bewegungskunst, die im Zusammenhang steht mit den Auswirkungen der Anthroposophie. Sie hat ihre Geburtsstätte im Westeuropa, der Hochschule für Geisteswissenschaft in Dorn bei Basel.

Briefe, die ihr Ziel nicht erreichen. Das Danziger Landgericht lehnte eine Annahme eines Briefes aus Zoppot, der durch die politische Post in Danzig befördert wurde, ab.

Probefahrt des neuen Straßenbahnwagens. Morau. Mittwoch, den 18. Februar, findet die Probefahrt des von der Danziger Waggonfabrik A.-G. für die Danziger Elektrische Straßenbahn A.-G. gebauten neuen großen Anhängewagens statt.

Göttingen, polnische Marinegarison. Wie halbsamisch aus Paris gemeldet wird, soll am 1. Juni die polnische Kriegsmarine aus den Puzier Kasernen in die neubauten Kasernen in Göttingen überziehen.

Immer wieder das Messer. Der 35jährige Dachdecker Wilhelm Gortmann aus Schidlitz, Oberstraße 131, geriet Sonnabend abend mit seinem Nachbar in Streit, wobei er von diesem zwei Messerstiche in den Rücken erhielt, die die Lunge schwer verletzten.

Auf dem Holzfeld verunfallt. Der Arbeiter Johann Kulling aus Laurent, Radekeweg, war gestern vormittag auf dem Holzfeld am Holz mit dem Anladen von schweren Holzstücken aus einem Waggon beschäftigt.

Der Danziger Seeverkehr hat im Januar einen Eingang von 215 Schiffen mit 120.593 RTM., einen Ausgang von 221 Schiffen mit 128.967 RTM. aufzuweisen gehabt.

Die Anlage des automatischen Fernsprechamtes in Langfur ist, wie wir noch ergänzen möchten, von der Danziger Siemensgesellschaft, der Tochtergesellschaft der bekannten Siemens & Halske, Berlin, hergestellt.

Ein unverbrechlicher Betrüger. Der Kaufmann Bruno Weinberg suchte sich dauernd durch eine bestimmte Betrugsart Geld zu verschaffen. Er suchte auszufundschaften, welche Kaufleute im Geschäftsverbindung standen.

Danziger Standesamt vom 17. Februar 1925.

- Todesfälle: Arbeiter Karl Barendt, 54 J. 7 M. - Zimmermann Jakob Wittrod, 69 J. 7 M. - Hospitalistin Emilie Matthies, 80 J. 1 M. - Hauswirtschafter Hermann Presche, 62 J. 9 M. - Schuhmachermeister Ludwig Sauer, 67 J. 1 M. - Ehefrau Alice Clob geb. Aneller, 28 J. 5 M. - Stellmacher Leopold Schwarz, 54 J. 1 M. - Ehefrau Angela Picetti geb. Sidoli verm. Panderini, 73 J. 6 M. - Invalide Franz Sidoli, 66 J. 3 M. - Ehefrau Josefina Rothmann geb. Dubowski verm. Widmann, 64 J. 11 M. - E. H. Malergehilfen Gustav Gabe, 8 J. 9 M. - Ehefrau Anna Großkreuz geb. Briska, 35 J. 10 M. - Fabrikdirektor Kurt Lindner, 49 J. 3 M. - Arbeiter Bernhard Junski, 25 J. 2 M. - Unehelich: 1 S., 1 Totgeburt.

Amstliche Börsen-Notierungen.

- Danzig, 16. 2. 25
1 Reichsmark 1,25 Danziger Gulden
1 Pfund 1,01 Danziger Gulden
1 Dollar 5,26 Danziger Gulden
Scheck London 25,20 Danziger Gulden
Berlin, 16. 2. 25
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 20,0 Billionen Mk.

Danziger Produktentabelle vom 16. Februar. (Währungsnotiz) Weizen 125-130 Pfd 12,00-12,50 G., 118-123 Pfd. 16,10-18,55 G., Roggen 116-118 Pfd. 17,40-17,50 G., Gerste 14,80-15,60, geringe 14,00-14,65 G., Hafer 14,80 bis 15,00 G., Heine Erbsen 12,00-13,00 G., Bittererbsen 15,00 bis 12,00 G., Grobkornbrot 50 Kilogramm wagenfrei Danzig.)



# Die Ursachen der Grubenkatastrophe.

## Nach nicht alle Leichen geborgen. — Die Hilfsaktion für die Hinterbliebenen.

Die Verwaltung der Zeche Minister Stein mittelst, sind bis gestern abend 7 Uhr im ganzen 133 Leichen geborgen worden, so daß noch drei fehlen. Die bis jetzt geborgenen Leichen sind alle rekonstruiert. Danach bewahrt sich die Müttermeldduna, daß alle Leichen geborgen seien, nicht.

Die Ursache der Explosion ist noch immer nicht geklärt. In Verarbeitertreien ist man der Ansicht, daß die Explosion auf Schießen im Schacht zurückzuführen sei, wodurch eine Kohlenstaubentzündung hervorgerufen worden sei.

Die furchtbare Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund ist nach den letzten Meldungen eine Schlagwetterexplosion gewesen. Die Ursache wird als noch unbekannt bezeichnet. Nun, Schlagwetterexplosionen können überhaupt nur drei Ursachen haben, auf die hin die amtliche Untersuchung gerichtet werden muß.

Bei der hohen Entzündungstemperatur der Schlagwetter von 700 Grad, der die Explosionshitze des Kohlenstaubes wohl kaum nachsteht, ist an eine unmittelbare Selbstentzündung einer Grubenerploion nicht zu denken. Die Ründungsursachen sind vielmehr zumeist äußerer Natur und liegen fast immer in der Art des Betriebes. Und zwar erweist in der Behandlung des Grubenlichtes, wobei dem Saizen neu sein dürfte, daß auch elektrisches Licht bei fehlerhafter Einrichtung sünden kann.

Die übrigen Ursachen sind: Das Funkenwürhen bei maschinellen Bohrtrieben (meist vermieden durch den sogenannten Wasserfächer) und die Grubenbrände. Die Grubenbrände wiederum können verschiedene Ursachen haben. Sämtlich veranlaßt ein Erreignis oder eine Explosion ein fortwährendes Grubenfeuer. Diese Brände werden meist noch rechtzeitig entdeckt. Gefährlicher sind die Fälle insolge Selbstentzündung der Kohle, die durch Verfehlungen in allen Stufen entstehen: Sie können bis zu ihrer Auffindung so weit um sich gegriffen haben, daß sie nur schwer zu löschen sind. Wir erwähnen ergänzend neben der Schlagwetterexplosion auch die Kohlenstaubentzündung.

Ma unterscheidet reine Schlagwetter-, reine Kohlenstaub- und gemischte Explosionen. Bei den reinen Schlagwetterexplosionen treten nur Schlagwetter in Aktion. Das Methan, der Hauptträger der Schlagwetterexplosionen, sammelt sich leicht an der Spitze an. Wird eine solche Ansammlung oder ein austretender Bläser (s. i. eine Gasblase im Kohlenflaß) entzündet, so tritt ein ansehnlicher Verbrennungsdruck ein, indem sich das acetone Schlagwetter sofort mit dem Sauerstoff der Luft verbindet.

Der Vorgang bei der Kohlenstaubentzündung ist dagegen folgender: Erstlich Kohlenstaub wird sichtbar entzündet; die von ihm emittierten Schlagwetter werden frei und bilden das Explosionsgemisch, das sich bei der vorhandenen Wärme sofort entzündet und detoniert. Der Kohlenstaub bleibt in Gestalt feiner Kohlenpartikel zurück und das Vorhandensein dieser Kohlenpartikel nach einer Explosion bildet für die amtliche Untersuchung den überlieferten Beweis, daß Kohlenstaub als Explosionsträger in Frage kommt.

Bei den gemischten Explosionen wirken gleichzeitig Schlagwetter und Kohlenstaub, erdem erst das eine zur Explosion kommt und diese auf das andere überträgt. Als Entzündungsursachen kommen fast immer nur Verfehlungen oder Erreignisse in Frage. Man hat in England in letzter Zeit ausgedehnte Versuche gemacht, welche darthun, daß das Vorhandensein von Steintrüb in Kohlenflüssen die Verbrennung von schlauernden Wetter und Kohlenstaub erhöht. Dabei ist aber zu bemerken, daß nur solcher Steintrüb angenommen werden dürfte, welcher der Ursache der Grubenentzündung nicht schadet. Unverkohlter Staub wäre nicht zweckentsprechend. Auch müßte neuer Staub eingeschleift werden, sobald sich auf dem alten eine frische Schicht Kohlenstaub von verlässigem Durchmesser abgeleert hat. Natürlich läßt sich der schwere Steintrüb nicht immer für den Vollzug in der Luft halten, aber dies ist auch gar nicht notwendig. Sobald die Explosionswelle den Steintrüb erreicht, wird nennenswerth in die Luft gewirbelt, um die explosive Mischung bis unter den Brennpunkt abzuführen.

Alle einschlägigen Vorfälle sind sich darüber klar, daß sich einzelne Unvorsichtigkeiten im herkömmlichen Betrieb nicht nützlich anerkennen lassen. Der Betriebsbetrieb wird stets mit erhöhter Gefahr verbunden sein. Insbesondere sind die schlauernden Wetter wahrscheinlich dauernd mit dem Bergbau verbunden. Aber man kann dafür sorgen, daß ein einzelnes Unfälle auf seinen Ursprung zurückgeführt wird und sich nicht zur Katastrophe über ganze Grubenflächen ausbreitet.

Das Unfälle auf Zeche „Minister Stein“ hat eine erhebliche Bedeutung dadurch angenommen, daß die Explosion auf Kohlenstaubentzündung hinarbeitet hat. Ein solches Ueberereignis ist nur möglich, wenn gewisse Vorbedingungen für die Fortwahrerung der Explosion erfüllt sind. Diese Vorbedingungen sind gegeben durch technische Fehler und mensch-

liche Unvollkommenheiten. Hier liegt die Schuldfrage verneint. Die amtliche Prüfungskommission wird ihre Pflicht ohne Ansehen der Person erfüllen und den Schuldigen ermitteln müssen.

## Der Tod der Bergleute.

Das Dortmunder Unglück ruft durch die bekannntwerdenden Einzelheiten die Erinnerung an eine Katastrophe wach, die sich 1869 in dem bei Dresden gelegenen Burgker Steinkohlenwerk abspielte. 774 Männer sind damals ums Leben gekommen und ein großer Teil von ihnen hat noch heute den Tod vor Augen. Wie diesmal in Dortmund fanden sich die Beweise dafür, als es gelang, die Leichen zu bergen. Otto Hue, der ein Menschenleben lang der gewerkschaftliche Führer der deutschen Bergarbeiter war, hat die erschütternden Dokumente eines grauen Bergmannstodes der Nachwelt übermietet. Er berichtet:

Der Abteilungsleiter Ernst Bähr hatte mit eigener Hand in sein Schichtenbuch geschrieben:

Dies ist der letzte Ort wo wir Zuflucht genommen haben, ich habe meine Hoffnung aufgegeben, weil die Wetterführung auf Segen Gottes und Hoffnung Schacht vernichtet sind, der liebe Gott mag die meinsten und meine lieben Freunde die mit Sterben müssen sowie die Familien in Schutz nehmen. Ernst Bähr l. Steiger.

Der unweit liegende Bauer Christian Schmidt hatte sich mittels Stachnadel ein kleines Stück Papier an den Brustteil seines Kittels gesteckt, auf welchem geschrieben stand:

Gitar Schmidt. Meine Lieben angehörigen, indem ich vor Augen seh, daß wir Sterben müssen erinnere ich mich an euch. Lebet alle wohl und ein frohes Wiedersehen, das andere muß ich euch überlassen. Zwischen 9 bis 10 Uhr.

Bei dem daneben liegenden Bauer Ernst Schmidt fand man einen Zettel geschrieben:

Lebet alle wohl ihr Hinterbliebenen. Liebe Frau der liebe Gott hat mich und Bruder Karl bis in der 11. Stunde erhalten verlor mir die Marie gut in der Kammer in einem Buch liegt ein Thaler Geld. Grüßt mir Mutter und Geschwister. Auf Wiedersehen. Ernst Schmidt. Auf einer neben dem Bauer Hansch liegenden Schieferplatte stand geschrieben:

Leb wohl, meine liebe Frau. Leb wohl meine lieben Kinder. Ich reich auch meine Hände, lebt wohl meine Eltern, verlaßt meine Frau nicht, lebt wohl alle meine Bekannten, verlaßt meine Frau und Kinder nicht lebt wohl. Leb wohl meine beiden Geschwister lebt wohl auf meine Frau und Kinder, lebt wohl, meine letzte Stunde. Leb wohl.

In einem Stempel war mit Kreide geschrieben: Hier liegt Vater und Sohn Weiker; an einem andern Stempel:

Um 1 Uhr waren wie alle hier in diesem Jammerthal. Alle Kameraden.

An drei andern Stempeln war mit Kreide geschrieben: Janes Karb, Richter empfahl die Seinen Gott. Lebe wohl liebe Gemahlin, lebt wohl meine Kinder, Gott mag Euch helfen. Gottlob Seymann.

Lebt wohl liebe Frau und Kinder ich habe mir das nicht gedacht. Obermann.

Das ist des armen Bergmanns Sterben. Fröhlich noch vor 6 Uhr, trat die Katastrophe ein. Mindestens um 1 Uhr nachmittags rangen die Unglücklichen noch mit dem Tode.

So starben deutsche Bergleute am 2. August 1869 und so starb ein Teil der 133 am 11. Februar 1925 in der Zeche „Minister Stein“ bei Dortmund. „Der Bergmann sieht jeden Morgen sein Totenkenn an“, sagt ein alter Knappenjüngling, und in einem alten „Berzereien“ heißt es:

Die Bergleute! zusammen  
Müssen alle gehen schwarz,  
Schwarze Kittel und schwarzes Leder,  
Das ist des Bergmanns Art.  
Schwarz müssen wir uns tragen,  
Trauern bei Lebenszeit,  
Weil mancher wird erschlagen,  
Gar tot in der Grube bleib!

Nach Meldungen aus Dortmund sind dort bisher Spenden in Höhe von 750 000 Mark für die Hinterbliebenen der bei der Grubenkatastrophe Verunglückten eingelaufen. Der Hamburger Senat und der Büraerausich haben beschloffen, als Spende für die Hinterbliebenen der auf der Zeche „Minister Stein“ verunglückten Bergleute 25 000 Mark zu stiften.

## Wie die Welt untergehen sollte!

### Ungefällige Prophezeiungen der Adventisten.

Die Adventisten des Siebenten Tages hatten, wie wir bereits in einer Schilderung aus Liban zur Veröffentlichung brachten, für den 6. Februar den Weltuntergang angefangt. Welche humorvollen Wirkungen diese Prophezeiung hatte, wurde schon kurz dargelegt. Jetzt wird nun auch Näheres über die phantastischen Erwartungen bekannt, die die Adventisten in Amerika für den Weltuntergangstag hegten. Die Ankündigung ging von dem Oberhaupt der Sekte aus und zwar hatte dieser, ein Herr namens Reid aus Long Island, alles genau angegeben und seine Prophezeiung in die Worte gekleidet:

„Am 6. nach Eintritt der Dunkelheit wird den Gläubigen am Himmel ein kleines Bälchen sichtbar werden: Es ist Christus, der vom Himmel zur Erde niedersteigt unter Führung des Erzengels Gabriels und anderer Engel. Es ist das das Zeichen, daß der Weltuntergang seinen Anfang nimmt. Christus wird sieben Tage brauchen, um zu uns zu kommen. Er wird unterwegs auf den begegnenden Planeten Halt machen, um Anordnungen bezüglich der Ernährung der Heiligen der Erde zu treffen, die die Reise nach dem Himmel antreten werden, eine Reise, die einschließlich des Aufenthaltes auf den Planeten ebenfalls sieben Tage im Anspruch nehmen wird. Für uns auf der Erde werden mannigfache Zeichen geschehen, die uns auf das Ereignis vorbereiten. Wenn uns diese Zeichen sichtbar werden, werden wir in die Luft gehoben und auf einen Berg in der Nähe von San Diego in Kalifornien überführt werden, wo das göttliche Licht aufstammen wird. Wir werden dann den Engeln übergeben werden und eine himmlische Musik hören. Ich selbst werde dabei die Zither spielen.“

Einer der Schüler hatte diesen verfliegenen Gattmathios des Meisters noch übertrassen mit weiteren Ergänzungen der Schilderung des Weltendes. „Die Sterne werden auf die Erde fallen“, erklärte dieser Heberabendst, „und die Berge werden zusammenstürzen. Die Sünder werden unter ihnen begraben, und wenn der Herr alle diejenigen vernichtet haben wird, die der Gnade der Rettung nicht wert sind, wird für die Auserwählten von San Diego aus die Himmelfahrt beginnen.“

In der Spitze des Zuges werden die Himmelskäfte mit der Musik aufsteigen; ihnen werden die 144 000 Bräute Christi folgen, denen sich die Heiligen anschließen werden, die aus den Gräbern erstanden sind.“ In Erwartung des jüngsten Tages hatten alle Adventisten sich ihres irdischen Besitzes entäußert. Telegramme aus New York melden, daß sich alle Reformadventisten auf den Höhen im Gebet versammelt hatten, um der Gnade gewürdigt zu werden, sich in die Folgeerschaft der Erwählten aufgenommen zu sehen.

Auch Robert Reid verbrachte mit 35 Jüngern in Long Island in inbrünstigem Gebet. Seit mehreren Tagen schon ernährte er sich und seine Familie des Reinigungsweines wegen nur noch mit gelben Rüben und klarem Wasser. Als der zwölfte Schlag nach Mitternacht am 6. Februar verflungen und nichts Ungewöhnliches eingetreten war, begab sich Reid mit den Worten: „Es scheint, daß heute nichts mehr geschehen wird“, zu Bett.

Die andern aber hielten an der Hoffnung fest, daß Gott sich beeilen werde, die Erde zu zerstören, und beteten emsig weiter. Sie wurden in ihrer Andacht allerdings durch frivole Ungläubige belästigt, die ihrer Laune die Bügel schiefen ließen und den betenden Adventisten lachend rieten, da die angekündigten Zeichen ausgeblieben seien, die Religion zu wechseln. Reid selbst schwört Stein und Bein, daß alles vorgeplant und verlaufen werde, und daß er und die Seinen die ankündenden Himmelszeichen nur nicht sehen könnten, weil ihre Augen durch die elektrischen Reflektoren der Kinos und Restaurants geblendet seien.

Der Unfug hat neben seiner unreimwilligen Komik aber auch noch einen recht ernst hintergrund. Die Prophezeiung hat in weite Kreise Verwirrung getragen und besonders auf nervöse Leute ungünstig eingewirkt. So wird aus Cleveland berichtet, daß sich dort sieben junge Mädchen aus Angst vor dem Weltende das Leben genommen haben.

## Orkan in den bayerischen Alpen.

### Ein Juno vom Sturm umgeworfen.

Im bayerischen Alpenvorlande hat am Sonntag ein ungewöhnlicher Höhensturm bei frohendem Sonnenschein und frühlingshafter Wärme gewüht. In München selbst wurde eine Reihe von Bäumen umgerissen und erheblicher Schaden an den Häusern angerichtet. Verschiedene Leute wurden von herabfallenden Hegeeln und umstürzenden Bäumen schwer verletzt.

Besonderen Schaden richtete der Sturm im Gebirge an. Der bekannte Gasthof „Zur Post“ im Urtsch am Waldensee bügte über die Hälfte seines Hochhauses ein. Die Straße am See war vollkommen unpassierbar. Die abgerissenen Bäume und Stengel kürzten fortwährend hinunter und rissen eine Menge von Holzräumern mit sich. Telegraphen-, Telefon- und Lichtleitungen wurden umgerissen, so daß der gesamte Verkehr unterbrochen wurde.

Auch im Gebiet des Gießes (Garmisch-Partenkirchen) tobte der Sturm. Vom Hotel Gießee wurden rund 450 Quadratmeter des Daches abgehoben und in den nahen Wald gestreut. Hier fielen dem Wüten des Sturmes nach überschätzter Schätzung rund 15 000 Quadratmeter Bäume zum Opfer. Die meisten Bäume wurden in der Mitte einfach abgetrennt. Im nahen Ehrwald (Fichtelberg) brach kurz darauf Großener aus, dem fünf Häuser zum Opfer fielen. Die Telefonleitungen nach dem Oberatorium auf der Zugspitze sind unterbrochen.

Auf den Lokalbahnen des Salzkammergates (St. Wolfgang) wurde ein Personenzug vom Sturm aus dem Geleise geworfen. Mehrere Wagen rollten die Böschung hinunter, wobei ein Schaffner getötet und 15 Personen verletzt wurden. Ein an die Unfallstelle geschickter Hilfszug mit seinem Personal wurde ebenfalls vom Sturm umgerissen, ohne daß jemand verletzt wurde.

In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag wurde nach starken Schneefällen die Gollhardbahn zwischen Ambr und Kitzbühel durch eine Lawine in einer Länge von 100 Meter verstopft. Die Verkehrsunterbrechung dürfte Sonntag nachmittags um 2 Uhr behoben sein.

In der ganzen nördlichen Schweiz und in Norditalien tobten Stürme von ungeheurer Heftigkeit. Die Temperatur erreichte zeitweise eine sommerliche Höhe. In Zürich wurden 18 Grad im Schatten verzeichnet. Auf dem Vierwaldstättersee wurde die Schifffahrt nur mit größter Mühe aufrecht erhalten werden. In Zellen wurden Flederholze aus außerordentlich großer Höhe verzeichnet, so daß die Flüsse enorm gequollen sind. In der Schweiz und im Braunschweiggebiet herrschten schwere Stürme, die hauptsächlich an den Dächern großen Schaden anrichteten. Bei Särgern wurde eine elektrische Leitung zerstört. In St. Moritz sind mehrere Leiter Neufolge gestiegen.

Influenza in London. Die mittlere Zahl der Todesfälle infolge Influenza hat sich in London auf 76 der Woche erhöht. Man hofft jedoch, daß die Epidemie bereits ihren Höhepunkt erreicht hat.

## 360 Jahre Gefängnis für unerlaubtes Fischen.

Der Schrecken Islands sind die Dampstrawler, besonders englischer Nationalität, die mit ihren gewaltigen Schlepnetzen den Meeresboden nicht nur von allem schwimmenden Getier, sondern auch von der Vegetation reinigen und dadurch der Fischkultur großen Schaden verursachen. Diese kleinen, äußerst geschwinden Dampfer dürfen die Dreimeilenzone landeinwärts nicht überschreiten und werden sowohl in den isländischen Gewässern als auch denen um die Färder von den Inspektionschiffen sehr mißtrauisch beobachtet. Kapitän Sottis aus Grimshol ließ sich dadurch nicht einschüchtern und wurde im September 1923 von dem isländischen Inspektionschiff „Thor“ auf verbotenen Gebiet „trollend“ angetroffen. Da „Thor“ aber keine Kanone hatte — wie sonst alle vornehmen Fischereifreuzer —, bekam er den braven Seeräuber nicht, wohl aber bekam der Kapitän des „Thor“ Ohrspeitgen von diesem. Island klagte die Reederei bezahlte die Uhrzeit. Sottis wurde entlassen. Ein Jahr später kam die Inspektionsflotte wieder vor Island auf, rübte wieder und entkam abermals. Endlich hatz er die Geduld, in den Hafen von Reykjavik einzuliegen, wo er verhaftet wurde. Da man ihm aber die letzte Kanone nicht nachweisen konnte und er seit seiner letzten Uebelthat das Schiff angeweiht hatte, hatte man keine Sicherheit für die 3000 Kronen Strafe, zu der er verurteilt wurde. Und da er sie nicht bezahlen wollte, mußte er ins Gefängnis — für zehn Jahre. Insgeheim hat sich das englische Unterhand der Sache angenommen. Das dänische Außenministerium, welches Island in außerordentlichen Fragen repräsentiert, brüht entschieden ab, daß Sottis im Gefängnis languert. Und das Außenministerium hat gewiß recht, denn nach dem Gesetz tritt in Island man sich da auf Dänemark an.

Eine neue Form der Seefahrt. Die Agenten der amerikanischen Dampferlinien sind, wie die Geschäftszente drüben, sehr unternehmend. Sie richten ihr Augenmerk jetzt auf die Rüter heiratsfähiger Töchter. Sie sind der Meinung, daß diese nicht genügend über die Chancen auf einer Schiffsreise in die Tropen unterrichtet sind. (Jeder hält seine Reisepass für die geeignete.) Um dem abzuhelfen, veröffentlichten sie in der „New York Times“ einen Bericht, der

an die Rüter gerichtet ist und in dem sie etwa folgendes lesen: „Durch die Zahl der Beiraten, die auf Schiffsreisen folgen, ist erwiesen, daß dort der Boden über schwankende Boden! besonders günstig für Eheverprechungen ist. Da die Dampfer meist durch tropische Gegenden fahren, wo der Wind leuchtender, die Luft sanfter und das Wasser blauer als im Norden ist, wird es nicht an den passenden Gelegenheiten fehlen. In Zukunft werden unter den Reisenden ständig zwei Geistliche sein, um den Andrang zu bewilligen.“

## Salzwasser statt Dampiger Seewasser.

Ein schlimmes Ende nahm an einem Juniabend des vorigen Jahres eine kleine Kreuzer in dem Dorfe Rühlberg bei Erfurt. Bei dem Kapitän Schmeider waren zwei junge Leute eingelehrt und hatten einige Gläsern Dampiger Seewasser getrunken. Drei andre Dorfburden kamen hinzu, und da die Flasche geleert war, holte der Sohn des Birtes eine andre vom Schankstisch. Raum hatten aber die fünf Gläser von dem „Süß“ getrunken, als sie sich unter größtlichen Schmerzen krümmten, sich fortwährend erschrien und schließlich in das Erfurter Krankenhaus gebracht werden mußten.

Es stellte sich heraus, daß die stürmische Salzwasser enthalten hatte. Die Getrunkenen, denen Mund, Speiseröhre und Magen sofort verengt waren, schwebten lange Zeit in Bewußtlosigkeit und kamen noch heute unter dem Namen des „Salzwassers“ Kranken zu leiden. Der alte Mann, der immer wieder Vergessungen der Gesellschaften zu machen die Dampferwasser nur unter großen Schwierigkeiten trinken durfte.

In der Verhandlung vor dem Erfurter Landgericht wurde festgestellt, daß die Getrunkenen die Salzwasserflasche im Keller mitten unter den Schnaps- und Weinflaschen gelassen hatte und durch diese ungeschickliche Leichtfertigkeit verantwortlich worden war. Vater und Sohn wurden zu Geldstrafen von 500 bzw. 100 Mark an Stelle von Gefängnisstrafen von 3 bis 2 Monaten verurteilt. Das Urteil fiel nur deshalb verhältnismäßig milde aus, weil von dem Schankwirt im Streitgegenstand Gefängnisstrafen von insgesamt 2000 Mark gefordert wurden.

Deutschlands Wirtschaftslage.

Ueber die Wirtschaftslage im Januar und am Anfang Februar erhaltet das 'Reichsarbeitsblatt' folgenden Bericht: Der anfängliche - um die Jahreswende in der Regel eintretende - Stillstand und Rückgang wurde schnell überwunden und eine weitere leichte Aufwärtsbewegung...

7701 typische industrielle Betriebe mit 127 Millionen Beschäftigten berichteten an das Reichsarbeitsblatt über ihren Beschäftigungsgrad im Januar und wählten Vergleichsangaben zum Monat vorher. Der Anteil der Arbeitskräfte, die Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang angehörten...

Die Arbeiterentlassungen, die in der Regel Ende Dezember und Anfang Januar in geringem Umfang stattfinden, behielten sich teilweise bis in die vorletzte Januarwoche aus. An der Spitze der Hauptunterstützungsempfänger von SS 129 am 15. Dezember 1924 auf 583 136 am 15. Januar 1925...

Neue Franken-Paße.

Das englische Pfund und der Dollar sind an der Parität Marke weiter nach in die Höhe gegangen. Das englische Pfund näherte sich dem Kurs von 22, und der Dollar erreichte 19,29. Das starke Sinken des Franken hat in den westlichen Kreisen hart bemerkend gemacht.

Als Hauptursache des letzten Frankensinks soll die Kapitalkonflikte angesehen werden. Infolgedessen will man verschiedene Maßnahmen ergreifen, um die Gründe, die die Kapitalisten zur Überführung ihrer Gelder ins Ausland bewegen, aus der Welt zu schaffen.

Die Verschmelzung im Polen. Soweit der Ende Juni 1924 betrug die Verschmelzung im Polen im Abrechnungs 30 Jahre, und zwar namentlich in Bezug auf Versicherungen auf Darlehensleistungen und solche, die von Kapitalisten an Kapitalisten gemacht werden usw.

Die neue internationale Konvention in Genen. In Genen ist die neue internationale Konvention genehmigt worden, die mit einem Kapital von 1 Mill. Pfund...

Das Geschäft der Siemens-Gesellschaft A.-G. Der Gesamtumsatz liegt mit 1000000000 Mark für 1. Oktober 1924 und die erste Ertragsleistung war...

Siemens-Gesellschaft A.-G. wird ein Gesamtumsatz überhaupt nicht ausgewiesen, der Gesamtumsatz beträgt 2,05 Millionen Mark, wovon 672 208 Reichsmark für Abschreibungen verwandt wurden.

Ein neuer 21 000-Tonnen-Dampfer der 'Hansa'. Wie die 'Post' Bg. zu melden weiß, hat die Hamburg-Amerika-Linie bei der Schiffswerft und Maschinenfabrik von Blohm & Voß in Hamburg...

Gewerkschaftliches u. Soziales

Die Einheit verfehlt.

Visher verfügten die Kommunisten in der Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes in Erfurt über eine namhafte Mehrheit und stellten auch den Geschäftsführer. Im Vorjahre erhielten die Kommunisten etwa 400, die Arbeiterdemokraten 200 Stimmen.

Wag in Leipzig fallen die Arbeiter ab.

Eine höhere Beschäftigung haben die Leipziger Gewerkschaftsleiter in der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes in Leipzig am Mittwoch erlitten. Die Vorsitzende der Leipziger Gewerkschaftsleitung für die Ortsverwaltung legte mit 1094 gegen 236 kommunistische Stimmen...

Der Kampf um den Lohnbestand. In Wien fanden sich Verhandlungen zur Regelung des Lohnstandes und des Arbeitszeitverhältnisses in der Metallindustrie des reichsweit wichtigsten Industriegebietes statt. Die Gewerkschaften forderten den Spitzenlohn der 21-jährigen Facharbeiter auf 20 Schilling festzusetzen...

Die Beschlüsse der italienischen Gewerkschaften. Der Vorstand des italienischen Gewerkschaftsbundes wendet sich im Hinblick auf die Verhältnisse des nun fast in Italien fast ausschließlich Gewerkschaftsbundes mit einem Aufruf an die italienische Arbeiterklasse...

Die berufliche Weiterbildung der englischen Arbeiterklasse. Der Vorstand der Gewerkschaften Englands für das Jahr 1924 erörterte den über zwölf Jahre alten wahren Lehren. Deren Zahl 1921/22 betrug 12 112 000...

Die Bekämpfung der Doman.

Im Ausschuss für innere Verwaltung und Wirtschaft des Württembergischen Landtages erklärte (wie der 'Frankf. Ztg.' berichtet wird) Innenminister Dols, daß in der Frage der Domanverfälschung eine Vereinbarung mit Baden dahin getroffen sei...

Tag der Banne, kommt ihr so bald? Aus dem Dorf Breitenholz bei Borsdorf in Thüringen wird gemeldet, daß dort bereits die erste rote Rose aufgeblüht ist.

Ein Generalstreik der Mieter wurde in Valparaiso (Chile) erklärt. Die Mietervereine veranfaßte eine Kundgebung gegen die hohen Zinsen. In einer Kundgebung an der 30 000 Menschen teilnahmen, wurde von der Regierung...

Kundgebung für Kroner. Der Republikanische Reichsbund Gießen hat einstimmig folgende Entschliessung gefaßt: Der Republikanische Reichsbund Gießen spricht dem Vorsitzenden des Republikanischen Richterbundes, Landgerichtsdirektor Kroner, Berlin, seine Sympathie aus...

Zwei Inseln zu verkaufen. Zwei Inseln vor Brissago, im schweizerischen Teile des Lago Maggiore gelegen, gelangen am 27. März in Locarno zur Versteigerung. Die größere, die St. Pancrazio-Insel, umfaßt 22 000 Quadratmeter...

Unterdrückungen von Erwerbslosengeltern. Der Direktor des Heidelberger Arbeitsamtes, Gaertner, wurde wegen unangenehmer Unterdrückungen von Erwerbslosengeltern verhaftet. Die Verhaftung erregt hier größtes Aufsehen...

Ein Todesurteil in Judthausstraße umgewandelt. Der Reichspräsident hat den wegen Gattenmordes zum Tode verurteilten Hans Weidag aus Krefeld in lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Der Raub der Betten. Aus Toulouse wird gemeldet, daß im Laufe einer Diskussion wegen einer beim Raub gemachten Summe von 600 Franken ein 16-jähriger junger Mann fünf Revolverkugeln auf einen Chauffeur abgegeben hat.

Ein Exekutionsprozeß in der Ukraine. Demnach beginnt in Odessa ein sensationeller Prozeß gegen eine Reihe von Sowjetbeamten des Kreises Melitopol wegen großer Betrügereien, durch welche nicht weniger als 1500 ukrainische Bauern schwer geschädigt, ja teilweise ruiniert sind.

Advertisement for 'Die Zahn-Zigarette' and 'Wappenschau'. The text includes 'Zu 7 Pfg.' and 'edel und rein'.

# Danziger Nachrichten

## Rußland und die Danziger Messe.

### Schlechte Beurteilung in der russischen Presse.

Der russische Handelsvertreter bei der russischen Gesandtschaft in Warschau, Herr Masloff, der, wie berichtet, der Danziger Messe einen Besuch abstattete, gewährte dem Vertreter der „Rosa“ (russische Telegraphen-Agentur) eine Unterredung, deren Niederschlag am 12. Februar in der in Moskau erscheinenden russischen Handelszeitung „Ekonomičeskaja Schisnj“ wie folgt zum Ausdruck gelangte:

Der aus Danzig zurückgekehrte Genosse Masloff teilte in einer Unterredung mit Moskauer Korrespondenten folgendes mit: Die Messe hat auf die Mitglieder der Sowjet-Delegation einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die freundliche Aufnahme, die uns seitens der Danziger Behörden, des Messenamtes und der Handels- und Industriekreise zuteil wurde, zeigt nochmals, daß Danzig auf die Belebung der Handelsbeziehungen mit U.S.S.R. Wert legt. Die Benutzung des Danziger Hafens durch die Sowjet-Union wird für Danzig eine große Bedeutung haben. Ich muß betonen, daß schon jetzt in unserm Handelsverkehr mit Polen ein großer Prozentsatz auf Danzig entfällt. Im Jahre 1923/24 entfielen 88 Prozent des Imports unserer Handelsvertretung und 16 Prozent des Imports der russisch-polnischen gemischten Aktiengesellschaft „Dawa-Britopol“ auf Danzig. Von den Exportwaren, welche durch unsere Handelsvertretung verkauft wurden, entfielen 63 Prozent auf Danzig. Die Dawa-Britopol A.G. hat in demselben Jahr 88 Prozent aller aus U.S.S.R. exportierten Waren in Danzig verkauft. Es ist anzunehmen, daß der Danziger Hafen von der Sowjet-Union in noch weit bedeutenderem Maße für den Transitverkehr benutzt werden wird. Das hängt ausschließlich von den Hafen-tarifen ab.

Der polnische Postamt hat gewiß auf der Messe keine Spuren gezeigt. Unter 576 Firmen aus zwölf verschiedenen Ländern, die auf der Danziger Messe anstellten, waren nur 90 polnische Firmen. Die unbedeutende Beteiligung Polens muß man nicht nur dem Postamt, sondern in größerem Maße auch der wirtschaftlichen Krise, die Polen jetzt durchzumachen hat, zuschreiben. Es muß festgestellt werden, daß die polnische Industrie völlig auf der Messe fehlte, während sich Deutschland mit einer großen Menge von Textilwaren beteiligt hat. Unsere Delegation hat sich von der Zweckmäßigkeit der Beteiligung der U.S.S.R. an den Danziger Messen überzeugt. Es muß angenommen werden, daß an der nächsten Messe, welche für den 6. August festgesetzt ist, die Handelsorgane der U.S.S.R. einen aktiven Anteil nehmen werden.

## Stinkbombenwerfer und Staatsanwalt.

Am Sonnabend, den 2. August 1924, fand in der Aula der Oberrealschule am Hauptplatz eine von der hiesigen Ortsgruppe der Liga für Menschenrechte einberufene Gedenkfeier anlässlich des 10. Jahrestages des Kriegsausbruchs statt, in welcher Professor Dübbe sprach. Während des Vortrages wurde in der hinteren Ecke des Saales eine Stinkbombe geworfen, welche die Luft derartig verschlechterte, daß mehrere Damen ohnmächtig wurden. Als Täter wurde ein gewisser Kehrting, angeblich Schriftleiter der „Rostocker Rundschau“, ermittelt und der Polizei übergeben. Bis heute ist von einer Strafverfolgung resp. Verurteilung des Attentäters nichts bekannt geworden.

Hg. Gen. Schmidt weist in einer kleinen Anfrage an den Senat auf diese mehr als eigenartige Tatsache hin und wünscht auf folgende Fragen Antwort: Ist dem Senat diese abscheuliche Tat bekannt? Hat der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse Anklage erhoben? Ist der Attentäter, ein Ausländer, wegen Mordverdacht oder Verdunklungsgefährde in Haft genommen? Ist eine Beweisaufnahme in die Wege geleitet worden? Ist eine Verurteilung erfolgt. Bemerkten wollen wir noch, daß vor gar nicht langer Zeit ein Arbeiter für die gleiche Tat mit einer längeren Gefängnisstrafe bedacht wurde. Um so seltsamer erscheint das Verhalten der Staatsanwaltschaft in diesem Falle.

## Das Recht am Meeresstrand.

„Der Seestrand ist frei!“ ist eine weit verbreitete Anschauung, die jedoch nicht zutreffend ist. Die Behörden haben das Recht gewisse einschränkende Bestimmungen zu erlassen. Eine Verhandlung vor dem Kammergericht ist die Folge.

Man und Genossen aus der Gegend von Köslin waren zur Veranstaltung eingeladen worden, weil sie unbedeutend am Ostseestrand Badebuden errichtet hatten ohne im Besitz einer schriftlichen Erlaubnis zu sein. Das Amtsgericht ist zwar über die Angelegenheit frei. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft hob aber das Kammergericht die Beschränkung auf und wies die Sache an das Amtsgericht zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurück, indem u. a. angeführt wurde: Nach der Polizeiverordnung bedarf es zur Errichtung von Buden an der Ostsee Küste der Provinz Pommern der schriftlichen Erlaubnis des zuständigen Obergerichts. Die Meeresufer gehören dem Staat nach § 8 II 15 des Allgemeines Landrechts. Die Anbahnung dieses Eigentums wird aber dadurch beschränkt, daß die Meeresufer ihrer Natur nach dem Gemeingebrauch unterliegen. In Ausübung des Landhoheitsrechts am Meeresufer kann aber die Staatsverwaltung Teile des Strandes dem Gemeingebrauch entziehen und andere der benachbarten Gemeinde die Berechtigung verleihen, diese Teile des Meeresstrandes unter Aufsicht anderer für Zwecke des Seebetriebes zu benutzen. Dementsprechend sind auch verschiedene Verordnungen zwischen der Staatsverwaltung und Gemeinden erlassen worden. Die am Meeresufer liegenden Anstalten sind dem Landespolizei auf Grund des § 6 des Polizeiverordnungs-Gesetzes vom 11. März 1850 und des Reichsstaatsvertrags-Polizeiverordnungen zum Schutz der Meeresufer, Dünen, Anpflanzungen und Betriebe unterstellt.

Das Amtsgericht hat die Angeklagten von der Uebertragung der errichteten Polizeiverordnungen wegen Aufhebung von Badebuden am Meeresstrand freigesprochen. Da es erlaubt haben auf Grund eines im Jahre 1922 mit der zuständigen Staatsbehörde abgeschlossenen Vertrages den Betrieb zu sein, und die später erlassene Polizeiverordnung ihnen nicht bekannt gewesen sei. Diese Ausführungen werden durch die Revision der Staatsanwaltschaft nicht in Frage gestellt. Wenn die Revision darauf hin, daß es einer besonderen Behörde der Staatsverwaltung an die Angeklagten nicht bedürfte. Die von ihnen behauptete Unkenntnis der Polizeiverordnungen ist die Angeklagten nicht vor Befreiung, da die Polizeiverordnungen allgemein bekannt gemacht ist und Verirrung über das Strafrecht angenommen werden muß. Die in der Polizeiverordnung enthaltenen schriftlichen Erlaubnis der zuständigen Behörden besitzen die Angeklagten nicht.

Wenn trotzdem die Angeklagten am Strande ohne Nachtrag bei der zuständigen Behörde Badebuden aufstellten, so liegt die Annahme nahe, daß sie mit bedingtem Vorwissen handelten, d. h. die Badebuden auch für den Fall errichteten

wollten, daß ihnen die erforderliche schriftliche Erlaubnis der Behörde nicht erteilt war, auch nicht erteilt werden würde. Mindestens könnte ihr Handeln auf fahrlässigem Verschulden beruhen, das darin besteht, daß sie trotz Erlasses der Polizeiverordnung sich um eine schriftliche Erlaubnis der Behörde nicht bemühten, nicht die vorgeschriebenen schriftlichen Erlaubnis erließen, nicht bestimmten. Für angeblicher Irrtum beruht mithin auf Fahrlässigkeit.

## Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Mittwoch, den 18. Februar 1925, abends 7 Uhr, in der Maxrecherberge (Schiffelbamm):

### Funktionär-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Das Wohnungsbauwesen. Ref.: Gen. Hooßen.
  2. Gewerkschaft und Partei.
- Zurück zu dieser Versammlung haben alle Parteifunktionäre sowie alle gewerkschaftlichen Vertrauensmänner, soweit sie Mitglieder der Partei sind. Funktionärskarte sowie Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.
- Der Vorstand.

## Durch Reichsinn vor den Strafrichter.

Für die Jugendverziehung war die Zeit bisher ungünstig. Das ergab sich besonders deutlich aus einer Verhandlung vor der Strafkammer. Ein Sohn achtbarer Eltern wollte während des Krieges als Schüler gern an die Front. Die Eltern ließen das aber nicht zu. Nach Abschluß des Wehrdienstes trat er gegen den Willen seiner Eltern dem Grenzschutz bei. So gewann er mit 17 Jahren, unangereicht, Macht über Eigentum, Freiheit und Leben anderer.

Nach seiner Rückkehr wurde er Leutnant. Die ungeliebte Erziehung hatte in ihm aber einen gewissen Reichtum angelegt. Er verkehrte mit dem Sohne eines Kaufmanns und kam in dessen Wohnung, wo er Gelegenheit hatte, aus einem dem Kaufmann gehörigen Schrank zwei Schekel-formulare zu entnehmen, die er ausfüllte und mit dem Namen des Kaufmanns unterschrieb. Die Beträge lauteten auf 65 und 78 Gulden. Auf die Rückseite schrieb er als Datum seinen eigenen Namen. Diese Schekel gab er dann in Zahlung. Als die Schekel auf der Bank zur Einlösung vorgezeigt wurden, kam die Sache natürlich heraus. Der Angeklagte gab den ganzen Scherzhaft auch zugleich offen zu. Trotzdem der Vater den Schaden gut machte, war die Sache aber zur Anzeige gekommen und mußte ihren Fortgang nehmen.

Das Gericht wies in seinem Urteil darauf hin, daß die Schekel-fälschungen Jugendlicher sich stark mehren und infolgedessen die Strafen nicht mehr befehlen werden dürften. (Erfolgreicher als diese veraltete Abschreckungsmaßnahme wäre eine mehr auf die veränderten Verhältnisse Rücksicht nehmende Erziehung der Jugend.) Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis wegen Diebstahls, schwerer Urkundenfälschung und Betruges. Andererseits lag hier aber kein Fall zum Verbrechen vor, sondern nur Reichsinn und Unerfahrenheit. Aus diesem Grunde wurde dem Angeklagten Strafaufhebung gewährt.

## Arbeiter-Fußballspiel Elbing-Danzig-Schiditz.

Am Sonntag trafen sich in Elbing die Fußballmannschaften der Freien Turnerschaft Schiditz und des Sportvereins „Vorwärts“-Elbing. Die hier anwesenden Mitwirkenden sind bekannt worden. Die Elbinger konnten einen verhältnismäßig hohen Sieg für sich buchen, doch nicht auf Grund ihrer technischen Überlegenheit, sondern dank ihres vorzüglichen Uebergewichts, das sie voll nutzten. Das Spiel, das von Krobe geleitet war, lag nicht in besonders guten Händen. In der ersten Hälfte des Spiels war eine Gleichwertigkeit beider Mannschaften festzustellen, was auch durch das Resultat 1:0 zum Ausdruck kommt. Gleich nach Beginn der 2. Halbzeit verlor Schiditz durch leichtere Verletzung ihren 11. Mann. Die restlichen 10 Spieler, teils auch schon leicht beschädigt, mußten sich nach und nach auf Abwehr beschränken. Vereinzelt Durchbrüche trafen, sinngemäßen konnten die Schiditzer nicht verhindern. Das sich dem erziehen vier weitere Tore zu stellen. Eine sich bietende Gelegenheit, das Torrentor zu schließen, welche im Strafraum der Elbinger durch ihren Verteidiger gegeben war, wurde von dem Schiditzer nicht benutzt. Mit dem Endresultat 5:0 trennten sich die Beider. Dilem Spiel ergab ein der zweiten Klasse voraus, in welchem sich Willenberg I gegen Vorwärts II gegenüberstanden. Auch hier blieben letztere mit 1:0 Sieger.

## Der Verkehr im Hafen.

Eingang. Am 14. Februar: Dänischer D. „Anthon Peters“ von Vantholm, leer für Krus, Hafenland. Am 15. Februar: Dänischer D. „Holtan“ von Rosal, leer für Danziger Sch.-R., Breitenbühlstraße; dänischer M.S. „Svendborg“ von Horsens, leer für Ganswindt, Kaiserhafen; dänischer D. „Maria“ von Stockholm mit Gütern für Behnde u. Siea. Am 16. Februar: Dänischer D. „Rind“ von Rosenhagen, leer.

Ausgang. Am 11. Februar: Dänischer D. „Hochbush“ nach Hamburg mit Gütern für Wolff u. Co.; dänischer D. „Kolas“ nach Hamburg mit Gütern für Behnde u. Siea; dänischer M.S. „Laurin Rind“ nach Hensbura, leer für Hensbura; dänischer D. „Rafner“ nach Götterburg, leer für Bergstraße; belgischer D. „Garonne“ nach Bordeaux mit Gütern für Reinhold; englischer D. „Saane“ nach Southampton mit Gütern für Reinhold; dänischer D. „Klas“ nach Stockholm mit Gütern für Behnde u. Siea; dänischer D. „Rind“ nach Rosenhagen, leer.

Eingang. Am 16. 2. Dänischer D. „Gertrud Salling“ von Rosenhagen, leer, für Behnde & Siea, Kaiserhafen; dänischer D. „Rind“ von Rosenhagen mit Gütern für Ganswindt, Kaiserhafen; dänischer D. „Sibania“ von Rosal mit Gütern und Passagiere, U. H. G. Schellmüller; Danziger D. „Willa“ von Hensbura mit Spirit für Hensbura & Co.; dänischer D. „Kaisa“ von Hensbura, leer, für Reinhold, Hafenland; norweg. D. „Denes“ von Sonden, leer, für Bergstraße; belgischer D. „Garonne“ nach Bordeaux mit Gütern für Reinhold; englischer D. „Saane“ nach Southampton mit Gütern für Behnde u. Siea; dänischer D. „Rind“ nach Rosenhagen, leer.

Ausgang. 16. 2. Dänischer D. „Dörner“ nach Fredericia mit Kohle für Ganswindt; dänischer D. „Fregat“ nach Siben mit Gütern für Behnde & Siea; dän. D. „Rind“ nach Rosenhagen mit Gütern und Passagiere für Reinhold; dänischer D. „Kaisa“ nach Hensbura mit Spirit für Hensbura & Co.; dänischer D. „Rind“ nach Rosenhagen, leer, für Behnde & Siea.

## Schiffsplan der Vorortzüge.

Danzig—Zoppot

Ab Danzig: 1240, 120, 422 W, 510, 525 W, 545, 605, 630, 650 W, 700 W, 740 W, 810 W, 830, 900 W, 930, 1000, 1040, 1110, 1150, 1215, 130, 140, 150, 210, 240, 310, 325, 350, 410, 440, 510, 530, 620, 620, 645, 715, 740, 810, 840, 910, 1010, 1040, 1110 S, 1140

Ab Zoppot: 1210, 220, 440, 505 W, 555, 615 W, 630, 650, 715, 725 W, 750 W, 760 W, 820, 840 W, 910, 935 W, 1010, 1040, 1120, 1140, 1230, 130, 135, 200, 215, 235, 315, 340, 410, 430, 450, 530, 550, 610, 645, 705, 720, 745, 820, 820, 910, 940, 1010, 1050, 1110 S, 1140

Danzig—Langfuhr

Ab Danzig: 1240 W, 130 W, 205 W, 305 W

Ab Langfuhr: 103 W, 143 W, 243 W, 343 W

Danzig—Neufahrwasser

Ab Danzig: 120 T, 522 W, 548, 625 W, 635, 735 W, 855, 905, 1130, 1215, 135, 210, 240, 315, 345, 445, 515, 615, 715, 815, 915, 1015, 1130

Ab Neufahrwasser: 220 T, 420, 522 W, 615, 655 W, 725, 805 W, 905, 1005, 1204, 1245, 145, 240, 310, 345, 415, 515, 615, 715, 815, 915, 1015, 1130

Danzig—Prank

Ab Danzig: 441, 444 W, 515, 525 W, 605, 655 W, 820, 920, 1000, 1215, 105, 145, 205, 307, 410, 520, 625, 822 T, 910, 1050 T

Ab Prank: 422, 510 W, 612 W, 715, 750 W, 812, 910, 1025, 1107, 1245, 220, 327, 429, 447, 526, 620, 720, 812, 925 T, 1120 T

Neuer Bezirksvorsteher. Zum Bezirksvorsteher für den 25. Stadtbezirk ist an Stelle des Herrn Doktor Formell Herr Johanna Formell, wohnhaft Langfuhr, Hauptstraße 44, bestellt worden.

Ein Unglücksfall auf hoher See. Der 40 Jahre alte Steward Alfred Briscoe erlitt auf dem Dampfer „Stowanzial“ drei Tage vor der Ankunft in der Danziger Hafen, beim Sturz in den Schiffsraum eine schwere Kopfverletzung und einen Unterschenkelbruch. Er wurde nach Ankunft des Schiffes ins Krankenhaus überführt.

Die gefährliche Giftkassette. Die Ehefrau B. J. trank aus Versehen Giftkassette, die der Mann, der die für Gift bestimmte Flasche zerbrochen und den Inhalt in eine andere Flasche gegossen, diese auf den Küchentisch gestellt hatte. Sie erlitt eine erhebliche Vergiftung, doch besteht keine Lebensgefahr.

Die Kranken-Kassen-Wahl. Bei der Wahlenwahl wurden in Döbra folgende Stimmen abgegeben: Wahlvorschlag Nr. A 1 Liste Schulz (Arbeitgeber) 41, Wahlvorschlag Nr. A 2 Liste Krawitz (Arbeitgeber) 650, Wahlvorschlag Nr. B 1 Liste Krawitz (Arbeitnehmer) 21, Wahlvorschlag Nr. B 2 Liste Steiner 262, Wahlvorschlag Nr. B 3 Liste Kotta (Freie Gewerkschaften) 210.

Ohra. Eine feierliche Verlobungsfeier in der Hauptstr. endete am Sonntagmorgen mit einer allgemeinen Schlägerei, so daß Schupo eingriff, die durch einige Revolver-schüsse mit nachfolgenden Verhaftungen der Feier einen nicht alltäglichen Abschluß gaben. — Spät abends hallte die Hauptstr. und die ... In der Döbra von dem Begehren eines Angetrunkenen wider, der anscheinend einem Schupo nicht zur Woche folgen wollte. Sogelicht sausten die Schläge mit dem Seitengewehr auf dem am Boden Liegenden in Zivilisten, der von dem Hüter der öffentlichen Ordnung mit „Gund“ tituliert wurde. Die laute Empörung einer rasch erwachsenden Menschenmenge brachte den unmeniglich drauflos haltenden Schupo endlich wieder zur Vernunft.

Zoppot. Zur Gründung eines Arbeiter-Partells für Geistes- und Körperpflege hatten sich am Sonnabend Vertreter der drei hiesigen Arbeitervereine, und zwar des Gesangsvereins „Freier Volkshor“, des Rednervereins „Komet“ und der „Freien Turnerschaft“, zusammengefunden. Schon seit längerer Zeit trug man sich mit diesem Gedanken. Zurgenosse Korth als Vorsitzender der „Freien Turnerschaft“ gab in kurzen knappen Worten und Ziele eines derartigen Partells bekannt. Eine längere Ansprache, in der die verschiedensten Anregungen gegeben wurden, schloß sich an. Allgemein erhofft man durch diese Zentralisation eine größere Ausbreitung des Sport- und Kulturgedankens in der Arbeiterschaft. Die offizielle Gründung wurde zwar noch nicht vollzogen, jedoch soll ein dreigliedriger Ausschuss, bestehend aus den Gen. Korth (Freie Turnerschaft), Stibowski (Radfahrer-verein „Komet“) und Bäcker (Freier Volkshor), die nötigen Vorbereitungen übernehmen. Dieser beschloß, zunächst für Sonntag, den 22. Februar, vormittags 10 Uhr, die gesamten Vorstandsmitglieder der drei genannten Vereine zu einer eingehenden Besprechung in das Bürgerheim zu laden und den Vorsitzenden des Danziger Arbeiter-Partells für Geistes- und Körperpflege, Bürgerlichkeitsmitglied Artus zur Uebernahme eines Referats zu veranlassen. Weiter soll in dieser Sitzung die offizielle Gründung erfolgen. Damit käme man auch in Zoppot auf dem Gebiete der Körper- und Geisteskultur einen Schritt vorwärts.

Döbra. Eine öffentliche sozialdemokratische Versammlung fand am vergangenen Sonntag in Döbra statt, die gut besucht war. Bei der Eröffnung gedachte der Vorsitzende, Gen. Pankki auch der Opfer der Grubenkatastrophe bei Dorimund. Alsdann referierte Abg. Gen. Gehl über das Thema: „Was will die Sozialdemokratie?“ In einem ausführlichen Vortrag erläuterte er das Programm und die Ziele der Sozialdemokratie. Als Diskussionsredner trat auch ein Deutschnationaler auf, den Gen. Gehl in seinem Schlussworte glänzend abfertigte. Anschließend an die öffentliche Versammlung fand eine Mitglieberterversammlung der Ortsgruppe Döbra in Rahbude statt, in welcher beschloffen wurde, daß sich die Ortsgruppe in Rahbude mit der in Döbra vereinigt.

## Märchenabend in Ohra

Mittwoch, den 18. Februar, abends 6 Uhr, Sportplatz. Eintrittsgeld 20 Pfennig.

Erwerbstlose Parteigenossen und deren Kinder haben freien Eintritt.

Wasserstandsberichte am 17. Februar 1924.

	16. 2.	15. 2.		
Zandhoff	+1,40	+1,55	Kurzbrück	+1,95 + 1,89
	16. 2.	15. 2.	Montanische	+1,24 + 1,28
Wohlfahrt	+1,37	+1,33	Döbra	+1,39 + 1,37
	17. 2.	16. 2.	Döbra	+1,24 + 1,18
Wohlfahrt	+1,21	+1,14	Erlage	+2,36 + 2,49
	17. 2.	16. 2.	Schleusen	+2,62 + 2,67
Wohlfahrt	+1,27	+1,28	Regat:	
	+1,36	+1,34	Schwan D. P.	+6,70 + 6,70
Wohlfahrt	+1,39	+1,38	Salzberg D. P.	+4,72 + 4,72
	+1,42	+1,39	Reuhorsterbuck	+2,02 + 2,04
			Krawitz	+ +

Verantwortlich: für Politik Ernst Loops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Sonten, Druck in Danzig. Druck und Verlag von S. Gehl & Co., Danzig.

